

Antrag: BAföG-Neuanfang für ein Studium frei von finanziellen Zwängen!

Sehr geehrte Abgeordnete des Studierendenparlaments,

Antrag:

Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität möge beschließen, dass die Studierendenschaft sich den folgenden Forderungen für einen BAföG-Neuanfang vollumfänglich anschließt:

- Rückkehr zum Vollzuschuss,
- Wiedereinführung des allgemeinen Schüler*innen-BAföGs ab Klasse 10 ohne Sonderbedingungen,
- Anpassung der Fördersätze an die Realität,
- Flexibler & realistischer Wohnkostenzuschuss,
- Klare Perspektive zur familienunabhängigen Förderung,
- Erhöhung der Elternfreibeträge,
- Unabhängigkeit vom Aufenthaltsstatus,
- Altersunabhängigkeit,
- Unabhängigkeit von Regelstudienzeit und Abschaffung der Leistungsnachweise,
- Digital- & Lernmaterialpauschale.

Mit dem Beschluss schließt sich die Studierendenschaft dem #BAföG50 Bündnis des fzs e.V. mit ebendiesen Forderungen vollumfänglich an.

Begründung:

"Das BAföG wird 50! Eigentlich ein Grund zum Feiern, denn die Einführung eines Rechtsanspruchs auf staatliche Unterstützung bei der Studienfinanzierung als Vollzuschuss war ein Meilenstein auf dem Weg zu freier Bildung über sozio-ökonomische Klassengrenzen hinweg." - #BAföG50

An:
Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität Gießen
Per Mail: stupa@uni-giessen.de

Der Dompteurs der klassistischen Selektionsmechanismen wurde ein Jahrzehnt nach der Einführung durch die damalige CDU-Regierung unter Kohl in Ketten gelegt und mit der Reduktion auf ein zu Verschuldung führenden Darlehen wurden die Studierenden aus zuvor unerschlossenen sozio-ökonomischen Milieus erneut in schwere Ketten gelegt. Die Ketten bestanden aus der Pflicht zur Erwerbsarbeit neben dem Studium für Studierende vor allem aus der unteren Mittelschicht um sich eine Wohnung in Studienort Nähe nebst Lernmaterialien leisten zu können bis hin zum Extremfall der Nichtaufnahme eines Studiums aus Angst vor der Verschuldung bei "falscher" Studienwahl. Dazu kamen mit der Zeit immer kompliziertere Antragsverfahren, eine Bürokratieschlacht, die die Nerven vieler Studierender zusätzlich zum hart erkämpften Ankommen, in Leistungskontrollen Anpassen müssen an die akademischen Welt und ihren gewöhnungsbedürftigen Habitus aufrieb. Schlussendlich fiel die Zahl der BAföG-Empfänger*innen über die 50 Jahre seit der Entstehung von knapp 45% auf 11% im letzten Jahr. Gleichzeitig sind die Bedürfnisse der Studierenden nach finanzieller Unterstützung abseits der Eltern nicht gesunken. Jede:r Studierende in unseren Reihen dürfte mehrere Bekannte haben oder selber zur Gruppe der Betroffenen gehören, die neben dem Studium arbeiten müssen, weil bspw. das Vermögen ihrer Eltern zu hoch für den BAföG-Maximalbetrag sei, da die Eltern ein - noch abzubezahlendes - Haus besitzen, der Vater sich um die Unterhaltungszahlungen drückt und die Auszahlungssätze zu niedrig sind um die realen Lebensunterhaltungskosten zu decken. Ebenso haben sich die Bildungsbiographien mit der Öffnung des Hochschulraums und der gesellschaftlichen Anforderungen zunehmend diversifiziert, seien es z.B. ausländische Studierende, die planen in Deutschland in Branchen mit fehlenden Fachkräften einzusteigen oder Menschen mit erstem Berufsbefähigenden Abschluss, deren Bildung jedoch durch technologische Innovationen nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wird.

Der Bildungszugang ist nicht von den materiellen Verhältnissen zu trennen und wir stellen fest, die ökonomischen Barrieren zum Bildungsaufstieg/-erhalt sind ungerecht! Deshalb bedarf es des geforderten Neuanfangs und der inklusiven Öffnung des BAföG!

Liebe Grüße
i.A. Arne
UniGrün